Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Anfuhrgebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Boten und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 240 — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, 14. Oktober 1925

„Orangenblüte“.

Das Wort „Unterrockspolitik“ hat einen häßlichen Klang, ist aber in der Weltgeschichte oft von noch viel häßlicherer Bedeutung gewesen. Diese Weltgeschichte ist nun aber bereichert worden durch ein neues Wort: „Motorbootpolitik“. Am Sonntag sind ja die Delegierten in Locarno fünf Stunden auf dem dortigen See spazierengefahren, auch Frau Chamberlain zur Freude, die ihren Geburtstag hatte. Doch mit dieser Art „Unterrockspolitik“ kann man wohl zufrieden sein; und das Motorboot hörte auf den poesievollen Namen „Orangenblüte“. Nun soll diese diplomatische Motorbootfahrt unter dem milden Zepter der Frau Chamberlain politisch sehr bedeutungsvoll gewesen sein; wenn uns Deutsche diese „Orangenblüte“ nun einer rosaroten, besseren Zukunft entgegenführen sollte, so würde der Name des Bootes eine gute Vorbedeutung sein.

Noch läßt es sich nicht genau sagen, ob und wie die Lösung in der Hauptfrage gefunden wird, auf die sich die Konferenzarbeit allmählich zuspitzt: der Artikel 16 der Völkerbundsatzung und die deutschen Bedenken dagegen. Man sprach und spricht von „Formulierungen“, aber — es wäre nichts anderes als ein Herumgehen um den Kern der Sache, wenn man auf der Gegenseite den Deutschen derartige „Formulierungen“ in die Hand drücken will, sachlich nachzugeben aber ablehnt. In Deutschland will man eine Bindung der Gegenseite an eine Abänderung des Artikels 16 unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse. Das wäre — was man namentlich auf französischer Seite instinktiv verspürt — der zweite große Vorstoß gegen den sogenannten Geist des Versailler Friedens. Der erste Vorstoß ist der Londoner Pakt gewesen. Und darum ist zu verstehen, wenn gerade die größten Nutznießer dieses Friedens, die Franzosen, sich so energisch zur Wehr setzen.

Nutznießer dieses Vertrages an den deutschen Ostgrenzen sind Polen und die Tschechoslowakei. Ihre Vertreter in Locarno sind nun auch mit dem deutschen Außenminister in Verbindung getreten, und die Gerüchtemacher wollen wissen, daß der Abschluß der deutschen Schiedsgerichtsverträge mit diesen Staaten gar nicht mehr in so entfernter Zukunft läge. Die Tschechen haben einen fertigen Entwurf mitgebracht, den sie bezeichnenderweise aber nicht als Schiedsvertrag, sondern als „Integralvertrag“ bezeichnen. Um uns eines jetzt schon geläufiger gewordenen Ausdrucks zu bedienen, würde ein solcher Vertrag nichts anderes als ein Garantiepakt auf schiedsgerichtlicher Grundlage sein. Was aber für den Westen gilt, gilt nur nach einer Richtung hin für den Osten: Deutschland will das entrissene Gebiet nicht mit Waffengewalt wieder in seinen Besitz nehmen. Das kann man unterschreiben; mehr nicht. Man kann kaum darauf verzichten, die Wohltat des Artikels 19 der Völkerbundsatzung in Anspruch zu nehmen, worin nämlich eine Revision der Grenzziehung des Versailler Friedens zugesagt ist. Bei einem Vertrage mit der Tschechoslowakei beginnt nun aber weit stärker als bei dem Westpakt die Frage des Auslandsdeutschtums eine Rolle zu spielen. Drei Millionen und mehr Deutsche sitzen in der Tschechoslowakei, und die Tschechisierungspolitik dieses Staates hat gerade in der allerletzten Zeit Formen angenommen, die auf eine glatte Erwürgung des Sudetendeutschtums abzielen. Die Frage des Minderheitenschutzes ist bei dem Völkerbund ja immer ganz besonders unangenehm empfunden worden und recht haben deutsche Minderheiten in Genf noch nicht erhalten. Deutschland ist jede Sonderbehandlung offener oder versteckter Art gegen fremdsprachliche Volkssplitter in Deutschland durch Versailles verboten worden. Die antideutsche Politik ganz besonders der Tschechei und Polens bedeutet aber eine derart starke Belastung der Verträge, daß man mit diesen Staaten eben nur Schiedsgerichtsverträge rein formaljuristischer Art schließen kann, wobei eben nur reine Rechtsfragen entschieden werden können, nicht aber politische Lebensfragen des Volkstums.

All das ist auf der Motorbootfahrt angebahnt worden; eines ist aber auch jetzt wieder erfreulicherweise festzustellen, was in Deutschland selbst doch nicht von allen Teilen des Volkes erwartet wurde: das ist das unbedingte Festhalten unserer Delegation an den entscheidenden Zielen, wobei ein Nachgeben in Nebendingen nicht ausgeschlossen zu sein braucht. Nicht unerfreulich ist bei all diesen Dingen, daß der innerdeutsche Parteigeist nicht ganz so viel Porzellan zerschlagen hat, wie man das vor der Konferenz befürchten mußte, wenn man an frühere Ereignisse dieser Art dachte. Wir haben nichts zu verbergen; unsere Regierung hat ihren Standpunkt in einer ganzen Reihe von Noten und Erklärungen deutlich genug kundgetan. Und sie hat, soweit der Außenstehende das beurteilen kann, auch unbedingt an dieser Linie festgehalten. Noch ist das Schlußwort nicht gesprochen; noch können Klippen, die über oder unter dem Wasser liegen, das Schiff zum Kentern bringen, können Formulierungen praktisch unwirksam machen, was dem Anschein nach zugestanden ist. Noch ist auch die Frage der französischen Garantie für die deutschen Ostverträge nicht geklärt. Eines allerdings gewinnt an Wahrscheinlichkeit, nämlich, daß die von vornherein aufgestellte französische Forderung, das Inkrafttreten des Garantiepakts an den deutschen Eintritt zu ketten, tatsächlich durchgesetzt worden ist.

Fortschritte in Locarno.

Lösung in Sicht?

Locarno, 12. Oktober.

Heute fand eine über zwei Stunden dauernde Sitzung der Konferenzdelegierten statt, nach deren Schluß folgende amtliche Veröffentlichung erfolgte:

„In der heutigen Zusammenkunft wurde die Generaldiskussion über die durch Beteiligung der eventuellen Signatare des Sicherheitspaktes am Völkerbund aufgeworfenen Fragen wieder aufgenommen. Im Verfolg des Ersuchens der deutschen Delegation um ergänzende Klarstellungen fand ein allgemeiner Gedankenaustausch unter den verschiedenen Delegationen statt, als dessen Ergebnis ein Fortschritt der gemeinsamen Arbeiten in Richtung einer befriedigenden Lösung der erörterten Fragen sich ergab. Die Konferenz vertagte sich auf Dienstag vormittag.“

Dem Vernehmen nach war für nachmittag eine zwanglose Zusammenkunft der verschiedenen Außenminister geplant, keine offizielle Sitzung. Bei dieser Zusammenkunft sollen die „Nebenfragen“, die Räumung der Kölner Zone usw., besprochen werden. Für den Abend ist eine weitere Besprechung Dr. Stresemanns mit dem polnischen Außenminister Grafen Skrzynski vorgesehen. Es sollen die Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei behandelt werden.

Stresemann, Benesch, Skrzynski.

Nachdem die auf Sonntag abend 6 Uhr verabredete Zusammenkunft Stresemann-Briand-Skrzynski wegen einer kleinen Autopanne, die der Minister Stresemann auf seiner Spazierfahrt erlitten hatte, verschoben werden mußte, sprach Dr. Stresemann heute im Grand Hotel Palace vor und hatte eine etwa 20 Minuten dauernde Besprechung mit Skrzynski im Beisein Briands. Es handelte sich dabei zunächst um einen reinen Höflichkeitsbesuch. Am Sonntag konferierte Dr. Stresemann noch mit Dr. Benesch über die strittigen Fragen der Locarno-Verhandlungen und die allgemeinen Prinzipien des deutsch-tschechischen Vertrages. Von tschechischer Seite wird berichtet, Dr. Benesch sei mit dem Verlauf der Aussprache außerordentlich zufrieden gewesen. Es seien alle wichtigen politischen Probleme berührt worden, vor allem die Frage des Abschlusses eines Sicherheitspaktes zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Man sei übereingekommen, mit der Überprüfung der vorliegenden Vorschläge und der Ausarbeitung eines Paktentwurfes die beiderseitigen Sachverständigen, Ministerialdirektor Dr. Gaus und Professor Dr. Kretschmar, zu beauftragen.

•

Die ersten Verhandlungen mit den Tschechen

Ablehnung des tschechischen Entwurfes und einer Grenzgarantie.

Locarno, 12. Oktober. Nachdem Dr. Benesch gestern abend Dr. Stresemann seinen Besuch zur ersten Besprechung gemacht hat, ist heute nachmittag Ministerialdirektor Dr. Gaus bei dem tschechischen Außenminister gewesen, um mit ihm die Fragen des deutsch-tschechischen Schiedsgerichtsvertrages zu besprechen. Im Laufe der Unterredung machte Dr. Benesch den deutschen Juristen mit dem Experten der tschechischen Delegation Professor Kretschmar bekannt. Die Tschechen haben bekanntlich einen Vertragsentwurf bereits vorbereitet, der den ursprünglichen Westpakt zur Grundlage nimmt. Zur Begründung desselben kann man von tschechischer Seite hören, daß der Westpakt so gut formuliert sei, daß er noch tschechischer Ansicht wundervoll als Modell dienen könne. Auf deutscher Seite ist man begreiflicherweise ganz entgegengesetzter Ansicht. Die deutsche Delegation dürfte es abgelehnt haben, den tschechischen Entwurf zur Grundlage zu nehmen. Herr Dr. Gaus hat deshalb Herrn Benesch ein Exemplar des deutsch-schweizerischen Schiedsvertrages mit dem Ersuchen übermittelt, es für die morgige Weiterführung der Besprechung zu studieren. Die Besprechung Dr. Gaus mit den Tschechen dauerte dreiviertel Stunden. Sie wird morgen zwischen den deutschen und tschechischen Juristen im Hotel Esplanade fortgesetzt. Es verlautet, daß Dr. Benesch seine Bereitschaft hat durchblicken lassen, mit Dr. Stresemann in eine allgemeine Besprechung des Minderheitenproblems einzutreten. Es liegen ferner Anzeigen dafür vor, daß Dr. Benesch über den Schiedsgerichtsvertrag hinaus eine Art Garantiepakt zur Sicherung der Grenzen verlangen wird. Nach zuverlässigen Informationen darf gesagt werden, daß die Reichsregierung gar nicht daran denkt, auf eine solche Bedingung einzugehen, da sie vollkommen außerhalb der ursprünglichen Anregung liegt.

•

Kein vorzeitiger Abbruch der Konferenz.

Berlin, 13. Oktbr. Der Sonderberichterstatter der Telegraphenunion meldet aus Locarno: Ueber den Schluß der Locarno-Konferenz sind in den letzten Tagen widersprechende Berichte verbreitet worden. Unter anderem wurde behauptet, daß Briand und Chamberlain durch dringende Geschäfte in ihrer Heimat veranlaßt seien, Locarno bereits am Freitag oder Sonnabend zu verlassen, und daß daher die Verhandlungen zu diesem Termin beendet sein müßten. Wie ausdrücklich versichert wird, besteht auf allen Seiten gleichmäßig der Wunsch, die Verhandlungen in Locarno, wenn möglich, zu einem glücklichen Resultat zu führen oder, falls dies nicht möglich sein sollte, erst dann abzubrechen, wenn alle Verständigungsmöglichkeiten erschöpft sein sollten. Diese Stellungnahme wird nicht nur von der deutschen Delegation, sondern ebenso auch von den Außenministern der alliierten Staaten vertreten. Ein fester Termin für die Beendigung der Konferenz läßt sich noch nicht nennen, wenn auch andererseits die Hoffnung besteht, bald zu einem Abschluß zu gelangen, denn naturgemäß sehnen sich alle an der Konferenz beteiligten Personen nach den überaus anstrengenden Locarnoer Tagen nach Hause.

•

Das Ineinandergreifen der Probleme.

Berlin, 13. Oktbr. Der Sonderberichterstatter der Telegraphenunion berichtet aus Locarno: Der Wechsel des Verhandlungsstoffes in den Beratungen der Außenminister hat vielfach die Anschauung wachgerufen, daß bei dem Uebergang von dem einen Beratungsstoff zu dem anderen der erstere bereits eine definitive Lösung gefunden hätte. Diese Auffassung ist jedenfalls nur sehr bedingt. Man kann sich tagelang um die Lösung derselben Frage bemühen, die ihrerseits durch die ständige Erörterung nicht vorwärts gebracht wird. Die Inangriffnahme neuer Probleme gibt aber oft für die erste gestellte Streitfrage einige Gesichtspunkte, die befriedigend wirken können. Auf der anderen Seite dürfte man aber, wie z. B. gestern, aus dem Uebergang von der Erörterung des Artikels 16 zu den Fragen der Ostverträge nicht den Schluß ziehen, daß die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ohne jede Beziehung zu der Frage der Ostverträge und der Garantieforderung Frankreichs stünde. Man dreht sich also immer noch im Kreise herum, ohne aus ihm einen endgültigen Ausweg gefunden zu haben. Aber trotz der außerordentlich ermüdenden Arbeiten der letzten Tage und dem augenblicklich nur geringen Erfolg wird die Hoffnung auf einen Erfolg noch nicht aufgegeben.

•

Der Ausweg für Artikel 16

Die Schwierigkeit der östlichen Garantie.

Locarno, 12. Oktober. Ueber den Artikel 16 hat man heute anscheinend eine Einigung gefunden, die etwa in folgender Richtung liegen dürfte: Die deutsche Delegation hat erreicht, daß die vier Hauptmächte im Völkerbund, mit denen wir augenblicklich verhandeln, dem Artikel 16 eine Interpretation geben, die uns auch für den Fall, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundsrates der Feststellung einer Macht als des Angreifers zustimmt, volle Handlungsfreiheit läßt. Diese Auslegung bezieht sich namentlich auf die Anwendung des Artikels 16, der nicht eine Verpflichtung, sondern nur eine Empfehlung ausspricht. Die Alliierten wollen diese deutsche Handlungsfreiheit in einer besonderen Erklärung ausdrücklich bestätigen, und zwar ausdrücklich für den gesamten Artikel 16, d. h. also den Durchmarsch durch deutsches Gebiet, die aktive kriegerische Teilnahme Deutschlands und — wie der deutsche Außenminister in der heutigen Vormittagssitzung ausdrücklich unterstrichen hat — auch für die Teilnahme Deutschlands an wirtschaftlichen Sanktionen in jeder Form. Damit dürften die Gefahren des Artikels 16 ausgeschaltet werden können unter der Voraussetzung, daß die Garantieerklärung der vier Hauptmächte im Völkerbund sich als ausreichend erweist. Sehr viel schwieriger dagegen liegen jetzt die Dinge in der Frage der Garantie für den Osten, die das Hauptthema der heutigen Nachmittagszusammenkunft der vier großen Mächte gewesen ist. Die deutsche Delegation muß es ablehnen, den Franzosen in einer Garantie für die deutschen Ostverträge, in welcher Form auch immer, irgendein Sonderrecht zuzugestehen. Erschwert wird ferner die Lage durch die Tatsache, daß in den sogenannten Nebenfragen, die für Deutschland von ungeheurer Bedeutung sind und die als Voraussetzungen für den Sicherheitspakt überhaupt gelten können, kaum ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen ist.

•

Noch keine endgültige Lösung der Völkerbundfrage.

Berlin, 13. Oktober. Ueber die heutige Zusammenkunft der Hauptdelegierten in Locarno wird der Telegraphenunion gemeldet: Wie in dem vereinbarten Kommuniqué der Delegationen mitgeteilt wird, ist nach einem erneuten ausführlichen Gedankenaustausch über die in Zusammenhang zwischen Völkerbund und Sicherheitspakt stehenden Fragen auf Grund deutscherseits gestellter Ersuchen um ergänzende Klarstellungen und deren Beantwortung festgestellt worden, daß auf dem Wege zu einer Lösung dieser Probleme ein Fortschritt erzielt sei. Wenn der heutige Havas-Kommentar von einer Beendigung der Aussprache über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund spricht sowie von einer definitiven Zustimmung der deutschen Delegation zum Artikel 16, so muß demgegenüber auf den oben wiedergegebenen Wortlaut des vereinbarten Kommuniqués verwiesen und festgestellt werden, daß demgemäß eine endgültige Lösung der Völkerbundsfrage noch nicht erzielt ist. Ebenso sind die in der Havas-Mel-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF